



Bremen

Gemeinsam für Gerechtigkeit

Die 19. Landesverbandstagung des SoVD-Landesverbandes Bremen bot Überraschungen: Der zukünftige Bürgermeister der Hansestadt, Carsten Sieling, sprach zum Auftakt; am Ende des Tages wurde Joachim Wittrien als neuer erster Vorsitzender gewählt.

Die Turnhalle des Berufsbildungswerkes Bremen, Tochterunternehmen des SoVD, bot wieder einmal Platz für die rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die bei der 19. Landesverbandstagung am 30. Mai anwesend waren. Unter ihnen waren 76 Delegierte aus Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven sowie hauptamtlich Beschäftigte und gern gesehene Gäste. Neben Dr. Joachim Steinbrück, dem Landesbehindertenbeauftragten, und Renate Holst, der Direktorin des Sozialgerichtes Bremen, war auch David Geduldig, Leiter des Amtes für Versorgung und Integration Bremen, gekommen.

Gemeinsam für soziale Gerechtigkeit

Mit „Wir müssen Einfluss nehmen und für soziale Gerechtigkeit eintreten“, eröffnete Gerd Meyer-Rockstedt als Vorsitzender des Landesverbandes die Tagung. Seine Forderung an die Politik: „Man muss von ganztägiger Arbeit und der Rente leben können. Darüber hinaus ist eine Integration sowohl von Menschen mit Migrationshintergrund als auch von Behinderten und Langzeitarbeitslosen notwendig!“

Die Sorge um das Gemeinwohl und das gemeinsame Eintreten stand auch im Mittelpunkt weiterer Redner, die nach dem Gedenken an 945 in der 18. Legislaturperiode verstorbenen Mitgliedern, zu Wort kamen.

„Das Beratungsangebot des SoVD hat sich kontinuierlich erweitert“, resümierte SoVD-



Der SoVD-Landesverband Bremen hat einen neuen Vorstand. Neuer Landesvorsitzender ist Joachim Wittrien (Vierter v. re.)

Präsident Adolf Bauer. „Wir bilden nicht nur eine starke Gemeinschaft, sondern nehmen auch entscheidend an sozialpolitischen Diskussionen teil.“ Er bescheinigte dem Landesverband eine intensive Arbeit, die durch die Aktivitäten des Bundesverbandes gestärkt werde. Als Beispiel für die erfolgreiche politische Einflussnahme benannte er das Problem der Altersarmut.

Auf Augenhöhe mit der Politik

„Die Politik in Berlin war lange Zeit nicht einmal bereit, die drohende Altersarmut als Problem wahrzunehmen“, sagte Bauer. „Die Bewusstseinsbildung und die Sensibilisierung waren bereits große Aufgaben für uns. Jetzt haben wir mit Experten aus den eigenen Reihen umsetzbare Konzepte entwickelt und bringen diese aktiv ein.“

Auch Dieter Reinken, Landesvorsitzender der SPD, bestätigte in seinem Grußwort, dass starke Verbände wichtig für das Land seien. Damit liegt er auf einer Linie mit Carsten Sieling, dem zukünftigen Bremer Bürgermeister. In seiner Amtszeit sieht er als dringliche Aufgabe den Bereich „Perspektiven in Arbeit“. Für den Magistrat der Seestadt Bremerhaven sprach Stadtrat Klaus Rosche. Er lobte die Arbeit vom Berufsbildungswerk Bremen (BBW), junge Menschen mit Handicap ins Berufsleben zu integrieren.

Dr. Torben Möller, Geschäftsführer des BBW, berichtete über die fehlende öffentliche Wahrnehmung und warb dafür, den Inklusionsgedanken auch in die freie Wirtschaft zu tragen. Der erste Teil der Tagung wurde durch die Ehrung von Corinna Brück für ihre 10-jährige ehrenamtliche Tätigkeit abgerundet.

Neuen Landesvorstand gewählt

Neben den Kommissionswahlen und der Berichterstattung aus unterschiedlichen Gremien wurde ein neuer Vorstand gewählt.

Der neue Landesvorstand setzt sich wie folgt zusammen: Erster Landesvorsitzender: Joachim Wittrien; Zweite Landesvorsitzende: Karla Janke; Zweiter Landesvorsitzender: Karl-Otto Harms; Landesschatzmeister: Rolf Kühling, Landesschriftführer: Uwe Poggenhorn; Landesfrauensprecherin: Gonda Flemming; Beisitzer/-innen

Kreisverband Bremen: Petra Poggenhorn, Ingrid Heitkamp, Hannelore Döring, Arno Lameyer, Thomas Wolter, Henry Spradau; Beisitzer/-innen Kreisverband Bremen-Nord: Erika Immoor, Edith Wittrien, Heino Kruppa; Beisitzer/-innen Kreisverband Bremerhaven: Helga Harms, Renate Busau, Rolf Gilbert; Revisoren: Peter Senger (Bremen), Hans Hermann Kruse (Bremen-Nord) und Klaus Stransky (Bremerhaven), Ersatz: Klaus Voß; Landesschiedsstelle: Renate Host, Ralf Pleß und Wilfried Schadock, Er-

satz: Reinhard Stünker.

Der neue Landesvorsitzende Joachim Wittrien dankte den Delegierten für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Gleiches galt den Helfern für die gute Vorbereitung und Organisation der Landesverbandstagung. Seinem Vorgänger Gerd Meyer-Rockstedt und den ausgeschiedenen Landesvorstandsmitgliedern dankte er für die geleistete gute Arbeit. Am Ende der Veranstaltung fand die konstituierende Sitzung des neuen Landesvorstandes statt.



Schleswig-Holstein

„Gute Seele des Hauses“

Immer wieder erreichen den SoVD-Landesverband Schleswig-Holstein Zuschriften von Mitgliedern, die sich ausgesprochen lobend über das Erholungszentrum Büsum äußern. Auch Gustav Dietrich aus dem Ortsverband Lingen, der seit 2008 Sprecher der Revisoren im Kreisverband Emsland ist, hat seine Begeisterung über das Haus insgesamt und im Besonderen über den Gästebetreuer Martin Held zu Papier gebracht.

Hier das Schreiben im Wortlaut: „Wir verbringen schon seit fast 20 Jahren unseren jährlichen Urlaub in Ihrem Erholungszentrum in Büsum. Unser Urlaub bis 2017 ist schon wieder fest gebucht. Mit den Leistungen des Hauses sind wir sehr zufrieden. Was aber besonders hervorzuheben ist, ist Herr Held als Gästebetreuer! Er ist die Seele des Hauses!“

Als wir in der SoVD-Zeitung den Bericht über die Ernennung von Herrn Held als Botschafter von Büsum lasen, war unsere spontane Reaktion: Der hat es wirklich verdient! Bei unserem Urlaub im Juni 2015 haben wir ihm gratuliert und ihm einen kleinen „Kraftstoff“ für seine weitere Arbeit mitgebracht. Martin Held hat sich sehr gefreut, dass auch die SoVD-Freunde aus Niedersachsen an ihn gedacht haben.“



Gustav Dietrich aus Lingen (li.) überraschte Martin Held (re.) mit einem kleinen Geschenk.



Sozialrecht

Auch die Psyche kann zu Gehbehinderung führen

Nicht nur rein körperliche Einschränkungen können dazu berechtigen, einen Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen „G“ ausgestellt zu bekommen. So entschied das Bundessozialgericht (BSG) jetzt im Fall einer betroffenen Klägerin.

Das Kennzeichen „G“ bedeutet, dass der oder die Betroffene in seiner Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt ist. Im Fall der Klägerin führten die Symptome einer somatoformen Störung und Schmerzproblematik dazu, dass sie „eine im Ortsverkehr üblicherweise noch zu Fuß zurückzulegende Wegstrecke von etwa zwei Kilometern in 30 Minuten nicht mehr zurücklegen“ konnte. Als somatoforme Störungen werden körperliche Beschwerden bezeichnet, die sich nicht allein oder nicht hinreichend auf eine vorliegende organische Erkrankung zurückführen lassen. Dabei stehen neben allgemeinen Symptomen wie Müdigkeit und Erschöpfung auch Schmerzsymptome ganz vorne. Einschränkend urteilten die Richter des Bundessozialgerichtes allerdings, die Voraussetzung des G-Merkzeichens könnte in Fällen psychischer Gehbehinderungen auf einem Gesamtgrad der Behinderung von zum Beispiel 70 Grad beschränkt werden (BSG, B 9 SB 1/14 R).



Foto: fotolia/Gabriele Rohde

Auch psychische Beeinträchtigungen können zu einer Gehbehinderung führen.

bü/eigener Bericht